

Mai 2022

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Der Weg aus der Abhängigkeit – Von Energie über Nahrungsmittelversorgung zu Sicherheit

Sondertagung des Europäischen Rates am 30./31. Mai in Brüssel

Dr. Hardy Ostry, Jana Bernhardt, Lukas Wick, Isabell Wiesner

Zu Beginn dieser Woche kamen die Staats- und Regierungschefs der EU-27 in Brüssel zusammen. Auch bei diesem Sonder-Ratsgipfel sollte der Krieg in der Ukraine mit all seinen Auswirkungen auf die EU und den Rest der Welt das zentrale Thema sein. Einerseits stand dabei das im Vorfeld kontrovers diskutierte sechste Sanktionspaket auf der Tagesordnung. Ein darin enthaltener Importstopp für russisches Öl traf nicht bei jedem Mitgliedstaat auf Gegenliebe, sodass die Verhandlungen über eine Einigung die Ratssitzung überschatteten. Andererseits gelang es den Staats- und Regierungschefs, weitere 9 Mrd. EUR für die finanzielle Stabilität der Ukraine im Jahr 2022 zu beschließen. Ein weiterer wichtiger Punkt auf der Tagesordnung sollte die europäische und globale Nahrungsmittelsicherheit sein. Um diese auch weiterhin sicherzustellen, diskutierten die EU-Spitzen weitere Maßnahmen, um z.B. die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen aus der Ukraine zu erleichtern und globale Initiativen zur Nahrungsmittelversorgung zu unterstützen. Abschließend rückten die EU-Verteidigungskapazitäten in den Fokus.

Ukraine

Hintergrund

Seit Beginn des Krieges schaffte es die EU, in nie dagewesener Einheit auf den von Russland geführten Krieg in der Ukraine zu reagieren. Nach Kriegsbeginn am 24. Februar dieses Jahres folgten schnell die ersten weitreichenden Sanktionen, die u.a. den Rubel schwächen und den finanziellen Spielraum Russlands insgesamt stark

limitieren sollten. Begleitet wurden die Sanktionspakete immerzu von den Forderungen der EU-Spitzen, humanitäre Korridore zu bilden, Zugang für humanitäre Hilfe zu gewähren oder Fluchtwege offen und sicher zu halten. Diesen Forderungen kam Russland bis dato nur unzureichend nach.

Auch deshalb entschied sich die EU, erstmals in ihrer Geschichte ein Drittland mithilfe der EU-Friedensfazilität zu unterstützen und damit Rüstungsprojekte zur Selbstverteidigung des Landes zu finanzieren. Eine erste Tranche von 500 Mio. EUR wurde kurz darauf auf einen Gesamtrahmen von 2 Mrd. EUR aufgestockt. Forderungen der Ukraine, auch die Energieimporte der EU aus Russland vollständig einzustellen, um Russland auch hier den Geldhahn zuzudrehen, wollten die EU-27 bisher allerdings nicht nachkommen. Die EU geriet daher international immer stärker in Bedrängnis, da täglich weitere Millionen Euro nach Russland abflossen und ggf. trotz Sanktionen den russischen Krieg mitfinanzierten. Während andere Länder wie die Vereinigten Staaten bereits vor einigen Wochen einen solchen Boykott beschlossen hatten, zahlen die EU-Mitgliedstaaten weiterhin viel Geld für ihre Energiesicherheit nach Russland.

Auch die zögerliche Haltung einiger Mitgliedstaaten bei der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine setzte die EU zunehmend unter Druck. Bereits geleistete Hilfen, Unterstützungspakete oder auch die Finanzhilfen wurden von der Debatte um die Lieferung schwerer Waffen zunehmend überschattet. Da es sich hierbei aber um nationale Angelegenheiten

handelt, sollte sich der Fokus des Ratsgipfels vorwiegend auf die Themen der Finanzhilfen, Wiederaufbau, Flüchtlingshilfe oder auch um anderweitige Sanktionen drehen.

Entwicklung

Das sechste Sanktionspaket, das u.a. auch weitere weitreichende Sanktionen gegen russische Oligarchen und "Putin-nahe" russische Unternehmen beinhaltet, konnte beschlossen werden und sieht nun vor, dass Öl aus Russland über den Seeweg nicht mehr in die EU importiert werden darf. Die größte Hürde des Ratsgipfels konnte somit durch einen für Ungarn passablen Kompromiss genommen werden. Die EU rief danach die Weltgemeinschaft auf, den EU-Sanktionen zu folgen und den Druck auf Russland und Belarus zu erhöhen.

Darüber hinaus forderten die EU-27 Russland auf, Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur in der Ukraine unverzüglich einzustellen. Alle russischen Truppen, einschließlich des militärischen Equipments, müssten die Ukraine unverzüglich verlassen. Ferner müssten unbedingt und unverzüglich humanitäre Zugänge sowie sichere Fluchtrouten geschaffen werden. Die Europäische Union werde auch weiterhin all jene unterstützen, die dabei helfen, Beweise für Kriegsverbrechen zu sammeln oder in diesen Angelegenheiten Ermittlungen anstellen. Zu begrüßen sei deshalb insbesondere auch die Einrichtung eines „Gemeinsamen Ermittlungsteams“, das durch Eurojust und Europol unterstützt werde.

Die EU hat zur weiteren Unterstützung der Ukraine ein Makrofinanzhilfepaket in Höhe von 9 Mrd. EUR angekündigt, das im Laufe des Jahres 2022 stückweise an die Ukraine ausgezahlt wurde oder noch wird. Dieses soll vor allem die Zahlungsfähigkeit des ukrainischen Staates gewährleisten und stellt deshalb eine reine Liquiditätshilfe dar. Die Kommission wurde in diesem Zuge vom Rat beauftragt, ihre Vorschläge zu weiteren, ergänzenden Finanzhilfepaketen vorzustellen, sodass die Hilfe auch schnell in die Ukraine gelangen kann.

Zum Wiederaufbau der Ukraine stehe die EU ebenfalls unterstützend bereit. Der Rat hat daher vorgeschlagen, eine Wiederaufbauplattform einzurichten, die neben der ukrainischen

Regierung auch die EU, ihre Mitgliedstaaten, die Europäische Investitionsbank sowie internationale Partner und Finanzinstitute miteinschließen solle. Diese Investitionsmaßnahmen gehen Hand in Hand mit weiterer militärischer Hilfe, die bisher durch die Europäische Friedensfazilität sichergestellt wurde oder auch weiterer wirtschaftlicher Hilfe, wie z.B. der Aussetzung von Zöllen auf ukrainische Importe in den EU-Binnenmarkt. Der Rat erwarte des weiteren die Einschätzung der Kommission zum EU-Mitgliedsantrag der Ukraine als auch zu jenen Moldaus und Georgiens. Der Rat werde sich in seiner Sitzung im Juni wieder mit dem Thema auseinandersetzen.

Abschließend stellte der Rat in seinen Schlussfolgerungen klar, dass er sich mit der Möglichkeit auseinandersetze, wie in der EU eingefrorene russische Vermögenswerte zur Unterstützung bzw. zum Wiederaufbau der Ukraine genutzt werden könne. Dies müsse aber zunächst in Einklang mit EU- und Völkerrecht gebracht werden.

Kommentar

Der EU gelang es trotz ihrer Bemühungen zur Aufrechterhaltung der bisher vorbildlichen Einheit nicht, bestehende Zweifel an eben jener Geschlossenheit restlos auszuräumen. Zu lange haben die Verhandlungen über das sechste Sanktionspaket angedauert, zu vehement war der Widerstand aus Ungarn hinsichtlich des Öl-embargos. Dennoch gelang es den Staats- und Regierungschefs auf dem Ratsgipfel, einige wichtige Entscheidungen zu beschließen, wenngleich diese vom sechsten Sanktionspaket überschattet wurden.

So konnte der Fokus der Bemühungen bereits auf ein mögliches Ende des Krieges gelegt werden. Die EU hat dafür schon jetzt die entsprechende Unterstützung für den Wiederaufbau der Ukraine zugesagt und will u.a. durch eine gemeinsame Plattform nicht nur finanziell unterstützen, sondern auch die notwendigen Mittel koordinieren. Auch wenn der Krieg noch auf nicht absehbare Zeit andauern könnte, sei es wichtig, dass sich Brüssel rechtzeitig für die Zeit danach gut aufstelle, damit zu gegebenem Anlass schnell und unkompliziert Hilfe geleistet werden kann.

Ein noch umfangreicheres und wesentlich kurzfristigeres Anliegen haben die Staats- und Regierungschefs hingegen umgesetzt, als es um die kurzfristige Zahlungsfähigkeit des ukrainischen Staates ging. Insgesamt werden hier 9 Mrd. EUR bereitgestellt, um den ukrainischen Staat kurzfristig finanziell zu stabilisieren. Durch den Krieg sind der Ukraine etliche Einnahmequellen verloren gegangen, sodass einer solchen Maßnahme eine hohe Bedeutung beigemessen werden muss. Die Ukraine hatte ihrerseits die internationalen Partner wissen lassen, dass sich ihr Finanzbedarf pro Monat auf 5 Milliarden Euro belaufe.

Interessant ist hierbei aber auch das Vorhaben, das der Rat bereits am Rande erwähnt hat. Sollte es völkerrechtlich und EU-rechtlich möglich sein, könnten zukünftig auch einige dieser Finanzhilfen durch eingefrorene russische Vermögenswerte geleistet werden. Ein historisch einmaliger Vorgang, der besonders für die russischen Oligarchen schmerzhaft sein dürfte. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die EU auch bei diesem Ratsgipfel wichtige Schritte unternommen hat, um die Ukraine und ihre Bevölkerung kurz- und langfristig zu unterstützen. In Zukunft sollte sie jedoch wieder verstärkt daran arbeiten, mit einer einheitlichen Stimme zu sprechen, um so auch die Aufmerksamkeit wieder vermehrt auf durchaus positive Beschlüsse zu lenken.

Energie

Hintergrund

Seit Kriegsbeginn stehen die Themen Energiepreise und Versorgungssicherheit unentwegt auf der Agenda der EU-27. Bereits beim Gipfeltreffen im März 2022 hatten sich die Staats- und Regierungschefs als Reaktion auf den Krieg und die steigenden Energiepreise darauf geeinigt, ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland allmählich verringern zu wollen. Außerdem wurde die Kommission aufgefordert, einen Plan zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit sowie erschwinglicher Energiepreise zu erarbeiten. Mit dem REPowerEU Plan setzte die Kommission dieses Vorhaben in die Tat um und stellte am 18. Mai ihr 300 Milliarden Euro schweres Paket vor. Dieses hat zum Ziel, Europa deutlich vor 2030 von fossilen Brennstoffen aus Russland unabhängig zu machen,

Energie zu sparen und Investitionen in erneuerbare Energien anzustoßen. Insbesondere ist eine Beschleunigung der Energiewende vorgesehen, womit REPowerEU und das bestehende Fit-for-55-Paket im Rahmen des European Green Deal mit höheren Zielen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz Hand in Hand gehen.

Allgemein bestand Einigkeit unter den EU-Spitzen, dass eine Verringerung der Importe von fossilen Brennstoffen aus Russland der Schlüssel sei, um zu hohen Energiepreisen, Energieabhängigkeit von Russland sowie steigenden Treibhausgasemissionen in Europa gleichzeitig zu begegnen. Dennoch gab es im Vorfeld des Gipfeltreffens Unstimmigkeiten in Bezug auf das seit Anfang Mai diskutierte Ölembargo. Allen voran blockierte Victor Orbán den Beschluss eines sofortigen Importstopps von Öl aus Russland mit der Begründung, dieser habe nicht tragbare Auswirkungen auf die ungarische Wirtschaft sowie die Energieversorgung des Landes. Diese wochenlange Blockade verringerte die Erwartungen an das Gipfeltreffen, einen einheitlichen Beschluss zu erzielen, und führte sogar zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Ursula von der Leyen und Charles Michel. Während die Kommissionspräsidentin im Vorfeld bereits angekündigt, dass eine Einigung beim Ratstreffen wenig wahrscheinlich sei, zeigte Michel sich optimistisch und deutete an, ein Durchbruch hinsichtlich eines Ölembargos sei nach wie vor möglich. Somit startete das Treffen des Europäischen Rates mit internen Meinungsverschiedenheiten, die aufgrund divergierender Interessen unüberwindbar schienen. Ein Scheitern eines Embargos für russisches Öl wäre ein klarer Sieg für den Kreml, der auf diese Einnahmen angewiesen ist, ebenso wie ein erheblicher Schlag für die Glaubwürdigkeit der EU.

Diplomaten in Brüssel rangen in den letzten Stunden vor der Tagung des Europäischen Rates um einen Kompromiss, den der ungarische Premierminister Viktor Orbán unterstützen würde. Montagnachmittag, unmittelbar vor Beginn des Gipfels, gab es dann erste Hinweise auf Fortschritte in Bezug auf ein mögliches Ölembargo, wengleich auch in abgeschwächter Form. Es liege nun an den Staats- und Regierungschefs, die von den EU-Botschaftern ausgearbeiteten Formulierungen anzunehmen und eine politische Einigung zu erzielen. In jedem Fall seien

noch weitere technische Arbeiten erforderlich, da viele der Streitigkeiten über Details noch ungelöst seien.

Entwicklung

Am zweiten Tag des Gipfeltreffens kam dann die erleichternde Nachricht, dass die EU-Spitzen sich nach wochenlanger Blockade doch noch auf ein sechstes Sanktionspaket einigen konnten. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen eine Abschwächung des ursprünglichen Vorschlags der Kommission eines vollständigen Verbots russischer Öleinfuhren, um auch die Unterstützung des ungarischen Premierministers zu sichern. Im Entwurf der Schlussfolgerungen des Gipfels heißt es: „Der Europäische Rat ist sich einig, dass das sechste Paket von Sanktionen gegen Russland Rohöl und Erdölzeugnisse betrifft, die aus Russland in die Mitgliedstaaten geliefert werden, mit einer vorübergehenden Ausnahme für Rohöl, das über Pipelines geliefert wird.“ Laut diesem Plan ist von den Sanktionen also nur russisches Öl betroffen, das per Schiff geliefert wird. Öl, das über Pipelines nach Europa fließt, insbesondere durch die große Druschba-Pipeline, ist vorübergehend nicht betroffen, sodass Binnenländer wie Ungarn mehr Zeit für die Umstellung auf andere Energiequellen haben. Somit kann Ungarn - neben anderen Binnenländern wie Deutschland oder der Slowakei - weiterhin russisches Rohöl kaufen, das durch Pipelines gepumpt wird.

Einige EU-Länder hatten in den letzten Tagen ihre Besorgnis über den Verzerrungseffekt auf den Binnenmarkt zum Ausdruck gebracht, da einige Mitgliedstaaten von den fortgesetzten russischen Öllieferungen profitieren werden. Diese Bedenken wurden angesichts der politischen Notwendigkeit einer Einigung letztlich jedoch in den Hintergrund gestellt. Durch diesen Kompromiss sollen bis Ende des Jahres rund 90 Prozent der Öleinfuhren aus Russland in die EU wegfallen, so Ursula von der Leyen. Wenngleich der geschlossene Kompromiss bemerkenswerte Ausnahmen für Ungarn vorsieht, lobte Josep Borrell den Beschluss und argumentierte, dass die Zugeständnisse, die russische Pipeline-Öllieferungen an Binnenländer ausschließen, ein „vernünftiger Ausweg aus der Diskussion“ seien. Auch der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte wies darauf hin, dass nicht nur

Ungarn Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf seine Wirtschaft geäußert hatte und betonte Ungarns besonderen Grad der Abhängigkeit von russischem Öl. Hinsichtlich der Dauer der Ausnahmeregelungen erklärte Rutte, dass die Staats- und Regierungschefs beim nächsten Europäischen Rat darauf zurückkommen würden, um eine finale Entscheidung zu treffen.

In den endgültigen Schlussfolgerungen des Gipfels heißt es weiterhin, man wolle die Diversifizierung der Versorgungsquellen und -wege weiterhin ausbauen, um so Europas Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen zu sichern. Außerdem zählten die Beschleunigung des Einsatzes erneuerbarer Energien und die Vervollständigung und Verbesserung des Verbunds der europäischen Gas- und Stromnetze durch Investitionen in Infrastrukturen zu den Schlüsselementen, um Europas Energieunabhängigkeit zu gewährleisten. Des Weiteren fordert der Europäische Rat den Rat auf, die Vorschläge der Kommission zum REPowerEU-Plan rasch zu prüfen, um das Paket schnellstmöglich auf den Weg zu bringen. Somit decken sich die Schlussfolgerungen größtenteils mit den Beschlüssen zum Thema Energie der bisherigen Gipfeltreffen. Obwohl von der Leyen am Montag einige Hintergrundinformationen über ihren REPowerEU-Plan veröffentlichte, diskutierten die Staats- und Regierungschefs beim Gipfeltreffen weniger als 30 Minuten über dieses Thema.

Kommentar

Die Frage des Ölembargos schien beim Gipfeltreffen die anderen Energiethemen zu überschatten, darunter Einzelheiten zum REPowerEU-Plan sowie die Frage der hohen Energiepreise. Insgesamt weist das Ergebnis des Gipfeltreffens bis auf ein weiteres Sanktionspaket wenig Neuerungen im Kampf gegen die Energiekrise auf. Die Schlussfolgerungen wiederholen größtenteils die Bemühungen der EU, schnellstmöglich unabhängig von russischen fossilen Brennstoffen zu werden, welche auch in REPowerEU verankert sind. Laut Charles Michel übe das neue Sanktionspaket maximalen Druck auf Russland aus, den Krieg zu beenden. Dennoch bleibt dessen tatsächlicher Effekt abzuwarten. Auf die Frage, ob das neue Paket Russland tatsächlich schwächen werde, erwiderte Josep Borrell: „Sicherlich können wir Russland nicht

daran hindern, sein Öl an jemand anderen zu verkaufen. Wir sind nicht so mächtig. Wir sind der wichtigste Kunde für Russland. Sie werden sich nach einem anderen umsehen müssen. Und sicherlich werden sie den Preis senken müssen“. Somit treffe dieser Schritt Russlands finanzielle Ressourcen erheblich. Dennoch betonen einige Mitgliedstaaten den Grundgedanken, dass Sanktionen Russland mehr schaden müssen als der EU selbst. Dieser Aspekt kam insbesondere in Bezug auf weitere mögliche Sanktionen von russischem Gas auf. Der belgische Premierminister Alexander De Croo sagte, das Embargo gegen russisches Öl sei vorläufig der letzte Schritt hinsichtlich energiebezogener Sanktionen. Andere EU-Länder hingegen, darunter Lettland und Estland, hofften, nach der Einigung über das Ölembargo als nächstes Sanktionen gegen russische Gaslieferungen zu beschließen. Bereits jetzt ist bekannt, dass die Unterbrechung von russischen Energieimporten die Wirtschaftsleistung der EU erheblich beeinträchtigen wird, je nachdem, wie schnell die europäischen Volkswirtschaften die russischen Energiequellen ersetzen können. Diese Ausgangslage ist somit ein weiterer Ansporn, den Umstieg auf erneuerbare Energien zu beschleunigen. Die wochenlange Blockade des Ölembargos durch Ungarn verdeutlichte die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten, die aus unterschiedlichen Graden der Abhängigkeit von russischen Energieimporten resultieren. Letztlich enthalten die Schlussfolgerungen keinen konkreten Zeitplan für die vorübergehende Ausnahme für über Pipelines geliefertes Rohöl, sondern besagt, dass die Ausnahme „so bald wie möglich“ enden solle. Es bleibt daher bis zum nächsten Gipfeltreffen am 23. und 24. Juni 2022 abzuwarten, bis wann diese Ausnahme gelten soll.

Lebensmittelsicherheit

Hintergrund

Der russische Angriffskrieg hat den Anstieg der weltweiten Rohstoffpreise weiter beschleunigt und verdeutlichte einmal mehr, dass sowohl die Landwirtschaft als auch die Lebensmittelversorgungsketten der EU widerstandsfähiger und nachhaltiger werden müssen. Die Ernährungssicherheit beschäftigt Europa bereits seit geraumer Zeit. Die Schäden, die die landwirtschaftli-

che Produktion in der Ukraine trägt und die daraus resultierenden Probleme mit Blick auf die weltweite Nahrungsmittelversorgung, zwingt die Staats- und Regierungschefs, das Risiko der Ernährungsunsicherheit in der EU zu dämpfen.

Im Rahmen des im März abgehaltenen Sondergipfels forderte der Europäische Rat die Europäische Kommission auf, der Arbeit im Bereich der globalen Ernährungssicherheit und -versorgung Priorität einzuräumen. Auch der Rat "Landwirtschaft und Fischerei", der am 7. April getagt hatte, wendete sich der Gewährleistung der Ernährungssicherheit in der EU zu. Die Ministerinnen und Minister berieten über und begrüßten die Mitteilung der Kommission vom 23. März dieses Jahres, welche die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Ernährungssysteme zum Inhalt hatte. Darüber hinaus forderten die Ministerinnen und Minister eine intensiviertere Unterstützung der Landwirte, waren sich jedoch darüber einig, dass dank der GAP die Lebensmittelversorgung in der EU nicht gefährdet sei.

Mitte Mai beschäftigte sich dann der diesjährige G7-Gipfel mit diesem Belang. Die im Anschluss und in direkter Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union ins Leben gerufene Initiative FARM (Food and Agriculture Resilience Mission) macht zur Aufgabe, die Ernährungssicherheit die Landwirtschaft in der Ukraine und in den am stärksten gefährdeten und exponierten Drittländern zu unterstützen.

Entwicklung

Auch auf diesem Ratsgipfel wurde der Lebensmittelsicherheit große Aufmerksamkeit geschenkt. In diesem Rahmen verurteilt der Europäische Rat die Zerstörung und illegale Aneignung der landwirtschaftlichen Produktion in der Ukraine durch Russland in seinen Schlussfolgerungen aufs Schärfste. Er fordert Russland auf, seine Angriffe auf die Verkehrsinfrastruktur in der Ukraine einzustellen, Lebensmittelexporte, insbesondere aus Odessa, zu gewähren sowie die Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen aufzuheben. Aufgrund der 20 Millionen Tonnen an Getreide, die derzeit nicht aus der Ukraine ausgefahren werden können, sollen aktive Maßnahmen zur Erleichterung der ukrainischen Agrarausfuhren ergriffen und der ukrainische Agrarsektor unterstützt werden. In diesem

Zusammenhang ersucht der Rat die Mitgliedstaaten, die Arbeiten an den von der Kommission vorgeschlagenen "Solidarity Lanes" zu beschleunigen und die Lebensmittelexporte aus der Ukraine über verschiedene Landwege sowie mithilfe von Zug Transporten zu erleichtern. Des Weiteren ruft der Europäische Rat zu einer wirksamen internationalen Koordinierung der Ernährungssicherheit auf und begrüßt daher die auf den Säulen Handel, Produktion und Solidarität beruhende Mission FARM. Ziel hierbei ist es, die Folgen für die Produktion und den Zugang zu Getreide und das Preisniveau abzufedern.

Auch weitere Initiativen oder internationale Reaktionen auf die Krise, wie die Krisenreaktionsgruppe der Vereinten Nationen oder die bevorstehende G7-Initiative zur Schaffung einer Globalen Allianz für Ernährungssicherheit (GAFS) und andere EU- und multilaterale Maßnahmen werden seitens des Rates unterstützt. Um strukturelle Abhängigkeiten zu verhindern, ist der Rat fest entschlossen, insbesondere die Solidarität mit schwächsten Ländern zu stärken, die lokale und nachhaltige Nahrungsmittelproduktion zu steigern sowie ungerechtfertigte Handelshemmnisse und -barrieren im weltweiten Handel zu verhindern. Ursula von der Leyen rief in der Pressekonferenz dazu auf, den globalen Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht zu beschränken. Denn Handelsbeschränkungen jeglicher Art, so von der Leyen weiter, hätten in den Mitgliedstaaten der EU, aber ebenso weltweit absolut keinen Platz. Die Gemeinsame Agrarpolitik sei gerade jetzt von großer Bedeutung.

Der Rat ruft weiter zur raschen Annahme der GAP-Strategiepläne auf. Er ersucht die Kommission, die Möglichkeit der Mobilisierung von Reserven aus dem Europäischen Entwicklungsfonds zur Unterstützung der am stärksten betroffenen Partnerländer zu prüfen. Mit Blick auf die anhaltende Düngemittelknappheit auf dem globalen Markt, erstrebt der Rat noch intensivere Zusammenarbeit mit internationalen Partnern. So sollen Düngemittel nicht nur besser eingesetzt werden, sondern darüber hinaus auch Alternativen gefördert werden.

An der Diskussion zur Lebensmittelsicherheit nahm auch der senegalesische Präsident Macky Sall per Video teil, der derzeit den Vorsitz der

Afrikanischen Union innehat. Auf der Pressekonferenz betonte Charles Michel die Wichtigkeit, mit den afrikanischen Vertretern zu erörtern, wie die AU und die EU so effektiv wie möglich zusammenarbeiten können, um diese gemeinsame Herausforderung zu bewältigen. Wichtig sei nun seitens der EU, Maßnahmen zur Unterstützung der afrikanischen Länder zu ergreifen, um die Produktionskapazitäten in Afrika zu verbessern und zu stärken. Außerdem sollten unterstützende Maßnahmen ergriffen werden, um diese potenziell ernste Krise für eine Reihe von Ländern abzuwenden.

Kommentar

In den letzten Jahren fanden sich die Themen Landwirtschaft und Lebensmittel nicht immer prioritär auf der Agenda eines EU-Gipfels wieder. Der Ukraine-Krieg hat diesen Themen allerdings zunehmend (strategischen) Stellenwert verliehen und diese bereits auf die Tagesordnung des letzten Ratsgipfels im vergangenen März gesetzt. Bereits nach diesem letzten Gipfel betonte Ursula von der Leyen die Dringlichkeit zum Handeln. Auf Russland und die Ukraine entfielen nämlich zusammen ein Drittel der weltweiten Weizenexporte. Eine globale Nahrungsmittelkrise müsste unbedingt vermieden werden, rasches Handeln sei nun wichtig.

Und wenngleich – wie es heißt – dank der GAP die Lebensmittelversorgung weiter gewährleistet ist und keine Gefahr einer allgemeinen Verknappung für Verbraucherinnen und Verbraucher besteht, so ist die Lage dennoch besorgniserregend. Die EU ist bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen weitgehend autark, da sie ein Hauptexporteur von Weizen und Gerste ist und ihren Bedarf an anderen Grundnahrungsmitteln wie Mais oder Zucker weitgehend decken kann. Jedoch werden die steigenden Lebensmittelkosten zusätzlich zu den steigenden Gas- und Energiekosten vor allem für die weniger Privilegierten noch weniger erschwinglich.

Der in Brüssel mittlerweile geflügelte Ausdruck der Strategischen Autonomie wird wohl vornehmlich im Sicherheits- und Verteidigungs- oder auch Handelssektor vermutet. Jedoch spielt er hinsichtlich der Lebensmittelversorgung keine mindere Rolle. Dies zeigte sich bereits darin, dass das Thema beim letzten NATO-Gipfel

behandelt wurde. Neue Partnerschaften müssen geschlossen, Innovationen entwickelt und bestehende Strategien, wie bspw. Nearshoring müssen ausgebaut werden. Denn nicht nur im Energiebereich kann Diversifizierung zu einer größeren Unabhängigkeit beitragen. Deshalb ist es unerlässlich, dass der Rat seine Solidarität gegenüber ärmeren Ländern und darüber hinaus seine Bereitschaft, verstärkt mit der Afrikanischen Union zusammenzuarbeiten, verdeutlicht. Dass der für ein Jahr zum Vorsitzenden der Afrikanischen Union gewählte Macky Sall für das Thema der Lebenssicherheit dem Rat per Video zugeschaltet war, ist ein starkes Signal für die Bereitschaft der Zusammenarbeit. In der abschließenden Pressekonferenz verkündete von der Leyen zudem, dass sie Mitte Juni nach Kairo reisen werde, um über eben diese Themen mit Präsident Al-Sisi zu sprechen. Denn es sei dringlich, so von der Leyen in ihren abschließenden Worten, dass diese Themen nicht nur aus europäischer oder ukrainischer Sicht, sondern auch aus regionaler und bilateraler Sicht betrachtet werden.

Zu hoffen wäre gewesen, dass auf Moskaus Anschuldigungen, die westlichen Staaten seien für Probleme auf dem Weltmarkt für Nahrungsmittel aufgrund ihrer kurzfristigen Finanz- und Wirtschaftspolitik verantwortlich, reagiert würde. Denn Propaganda hat in der EU mitsamt ihren demokratischen und liberalen Werten keinen Platz und es gilt, sie weiter zu bekämpfen.

Verteidigung und Sicherheit

Hintergrund

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat die europäische Nachkriegsordnung nicht nur in sicherheitspolitischen Aspekten nachdrücklich verändert. Der zu Beginn des Jahres auf EU-Ebene diskutierte Strategische Kompass, der u.a. als Orientierungshilfe dafür gedacht war, was die EU können muss, um in einer zunehmend multipolaren Welt eine angemessene Rolle spielen zu können, wurde letztlich inmitten eines Krieges auf dem europäischen Kontinent, also direkt vor der eigenen Haustür, verabschiedet. Die sicherheitspolitische Strategie der EU bis 2030 gewann auch kurzfristig an enormer Bedeutung. Kurzum: Die EU stand von einem auf den anderen Tag vor kürzlich noch

undenkbaren geopolitischen Herausforderungen, die es nun realpolitisch anzugehen galt.

Passend hierzu stellte die Kommission am 18. Mai ihre Analyse zu Investitionslücken im Verteidigungsbereich vor, um daraus Maßnahmen abzuleiten, die erforderlich sind, um die industrielle und technologische Verteidigungsbasis Europas zu stärken. Damit solle auch ein wirksamerer europäischer Beitrag in der NATO gewährleistet werden.

Aus einer anderen Perspektive betrachtet, unterstützt der Krieg Russlands gegen die Ukraine also durchaus das schon länger bestehende Bestreben innerhalb der EU nach einer stärker europäisch koordinierten Verteidigung. Dass diese Vorhaben nun so schnell auf den Tagesordnungen zahlreicher EU-Sitzungen stehen würden, damit hatte im Vorfeld des 24. Februar wohl kaum jemand gerechnet. Die vielfach zitierte Zeitenwende machte aber genau das erforderlich. Folgerichtig beschäftigte sich auch der Europäische Rat in seiner gestrigen Sitzung mit dem Thema Sicherheit und Verteidigung.

Entwicklung

Die Staats- und Regierungschefs hielten eingangs fest, dass sich das strategische Umfeld der EU in den letzten Monaten stark verändert habe. Die Union müsse in diesem veränderten Kontext ein stärkerer Akteur werden und die Vorhaben und Maßnahmen des Strategischen Kompasses resolut umsetzen. Es gelte strategische Partnerschaften zu stärken, die eigene Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und vor allem die eigene Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten immens zu stärken. Dies solle vor allem durch bessere und gezieltere Investitionen mit Fokus auf strategisch wichtige Bereiche erreicht werden, die zuletzt besonders vernachlässigt worden seien.

Die transatlantischen Beziehungen sowie die Rolle der EU in der NATO als auch die EU-NATO-Beziehungen generell sollten dabei eine wichtige Grundlage bilden, so die EU-Spitzen. Eine stärkere Union im Bereich der Sicherheit und Verteidigung werde auch global positive Auswirkungen haben, sofern diese Vorhaben komplementär zur NATO seien und diese nicht versuchen zu doppelten. Sollte dies gelingen, könne die EU mit ihren Partnern erfolgreich für eine

werte- und regelbasierte globale Weltordnung eintreten.

Um diese Vorhaben aber zu einem Erfolg führen zu können, gelte es vorrangig, die von der Kommission und dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik identifizierten Investitionslücken im Bereich der Verteidigung und Sicherheit zu schließen. Hierzu müssten dringend gemeinsam koordinierte Maßnahmen getroffen werden, die die Bestrebungen der Mitgliedstaaten zur Wiederherstellung von Rüstungskapazitäten unterstützen. Ferner müssten dabei auch die Herstellungskapazitäten der europäischen Rüstungsindustrie gesteigert werden. Auch die Rolle der Europäischen Investitionsbank hinsichtlich der Unterstützung der europäischen Sicherheit und Verteidigung müsse gestärkt werden. Denkbar wäre hierbei auch ein Gemeinsames Europäisches Verteidigungsinvestitionsprogramm, das u.a. auch eine Ausklammerung solcher Projekte von der Mehrwertsteuer vorsehen könnte.

Kommentar

Während zahlreiche Vorhaben und Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen in der EU bereits im Strategischen Kompass aufgeführt waren und viele dieser Ansätze nun vorgezogen wurden, um sie zu einer schnelleren Umsetzung zu bringen, fällt auf, dass die Komplementarität mit der NATO besonders häufig erwähnt wird. Das zeigt einerseits, welchen Wandel die NATO in den letzten Monaten durchlaufen hat. Von einer „hirntoten“ Organisation, wie es Präsident Macron seinerzeit ausdrückte, zurück zur Lebensversicherung des europäischen Kontinents. Die Beitrittsanträge Schwedens und Finnlands unterstreichen das. Andererseits zeigt die wiederkehrende Betonung der Wichtigkeit der NATO und der Komplementarität aller verteidigungspolitischen EU-Maßnahmen mit der Allianz, dass die EU ihren eigenen verteidigungspolitischen Ansatz geändert haben dürfte.

Als im Vorfeld des Krieges – angeführt von Frankreich – durchaus noch debattiert wurde, ob vielleicht eine EU-eigene Armee notwendig sein könnte, hat sich die Strategie der EU nun im Zuge des Krieges dahingehend geändert, dass die Union ihr Gewicht stärker innerhalb der

NATO vergrößern und so zu einer höheren verteidigungspolitischen Autonomie gelangen möchte. Die Investitionslücken im Bereich der Verteidigung könnten derweil aufzeigen, wo die Reise hingehen soll. Die EU will ihre Rüstungsindustrie stärken, um die Abhängigkeit anderer zu vergrößern und gleichzeitig die verteidigungspolitische Koordination auf EU-Ebene stärken, um so auch innerhalb der NATO mit einer geeinten EU-Stimme sprechen zu können. Sozusagen würde so der „Gegenpol“ zu den USA innerhalb der NATO gebildet. Europäische Interessen könnten an Bedeutung gewinnen, und dies würde somit auch zur strategischen Autonomie der Union beitragen, ohne dabei eine nicht notwendige Dopplung von Strukturen zu riskieren.

Es bleibt trotz allem aber abzuwarten, wie schnell und effizient diese Vorhaben umgesetzt werden können. Viele Maßnahmen müssen auf nationaler Ebene beschlossen und umgesetzt werden. Eine europäische Koordination der Verteidigungsmaßnahmen allein wird jedenfalls nicht genügen, um das Gewicht der EU innerhalb der NATO oder gar in der Welt zu erhöhen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)